

Nemzow. Abtrünnige Tschetschenen werden in Österreich und auch in Deutschland hingerichtet. Selimchan Changoschwili wird 2019 beim sogenannten Tiergartenmord in Berlin erschossen. Ermittlungen im In- und Ausland führen direkt oder indirekt nach Tschetschenien und damit zum Oberhaupt der russischen Teilrepublik, so im Fall des Mords an dem russischen Oppositionspolitiker Boris Nemzow, den beiden Journalistinnen und weiteren Kollegen der unabhängigen Zeitung *Nowaja Gaseta* oder dem Opfer im Berliner Tiergarten.

Auf das Konto des Präsidenten gehen aber auch noch ganz andere Gesetzesverletzungen. Doch ganz gleich, was sich Kadyrow zuschulden kommen lässt – Russlands Strafbehörden, die gegen die freie Presse oder die Opposition mit größter Härte vorgehen, schauen bei dem 1976 im tschetschenischen Zentoroi geborenen Statthalter weg. Die in der Ukraine zu Recht beklagte Korruption treibt in Tschetschenien wildeste Blüten. Ein Palast auf einem Grundstück von der Größe zweier Fußballfelder mitten im Zentrum von Grosny, Kosten umgerechnet mehr als vier Millionen Euro, gehört Fatima Chasujewa. Die 30-Jährige besitzt in anderen Städten noch weitere Wohnungen. Ihr offizielles Gehalt in der Präsidentialadministration, wo sie arbeitet, beträgt keine 900 Euro. Wie die Bürokratin Besitzerin eines Palastes werden konnte, hat Maria Scholobowa herausgefunden. Sie ist Journalistin in der russischen investigativen Recherchegruppe »Projekt« und deckte 2021 einen großen Immobilien- und Korruptionsskandal um Kadyrow auf, mit dem Ergebnis, dass ihr Internet-Portal geschlossen wurde und sie ins Ausland fliehen musste.

Maria Scholobowas Rechercheteam hat getan, was Pflicht der Steuerbehörde und des Grundbuchamts gewesen wäre: zu ermitteln, ob mit diesem Palast alles seine Richtigkeit hat. Die Journalistin fragte nach und fand heraus: Kadyrow hat eine zweite Ehefrau, Fatima Chasujewa, parallel zu seiner ersten, und lebt mit ihr ganz offen zusammen. Russische Gesetze gelten auch für die Teilrepublik Tschetschenien, Polygamie ist verboten. Ramsan Kadyrow kümmert das nicht. Vielmehr hält er Vorträge darüber, wie mehrere Ehefrauen gleichzeitig behandelt werden müssen: gleich gut gekleidet, mit gleich wertvollen Häusern, beschenkt mit Pelzen und Autos. Der gläubige Muslim Kadyrow hat in Tschetschenien ein strenges traditionelles Regime eingeführt, es gelten die Gesetze der Blutrache, Frauen haben Kopftücher zu tragen. Medni Kadyrowa, die er zuerst geheiratet hat, gehorcht ihm. Ihre Religion erlaube dem Mann, so Kadyrowa, noch drei weitere Frauen zu ehelichen. Wenn er das möchte, sei sie einverstanden. Auch Medni Kadyrowa besitzt eine Reihe wertvoller Immobilien. Da die Ehen mit den zweiten, dritten oder vierten Frauen nur vor dem Imam, aber nicht auf dem Standesamt geschlossen werden, ist rechtlich vermeintlich alles in Ordnung. Fast jedenfalls, denn mit Hilfe der beiden Ehefrauen, ob in registrierter Ehe oder nicht, soll Kadyrow angeblich einen Teil seines Reichtums verschleiern. Er beläuft sich allein bei Immobilien auf 800 Millionen Rubel, knapp neun Millionen Euro. Das Oberhaupt der 1,5 Millionen Einwohner großen Teilrepublik verdiente im Jahr 2020 rund vier Millionen Euro. Im Jahr zuvor nur 1,6 Millionen Euro und 2018 sogar nur 80 000 Euro. Wie diese großen Schwankungen entstehen, erfahren die Bürger nicht. Ein Fahrzeug besitzt der Autonarr, als der er sich häufig zur Schau stellt, nach seinen Angaben nicht. Kein einziger Wagen des imposanten Fuhrparks, in dem seit Beginn seiner politischen Karriere Sportwagen der teuersten Marken wie Bugatti, Ferrari oder Mercedes-Benz

stehen, ist demnach sein eigener. Das russische Nachrichtenportal lenta.ru addierte die dort versammelten Pferdestärken und kam auf über 3.800 PS, wobei dafür angeblich nur die Luxusmodelle gezählt wurden. Ebenso wenig tauchen die über 100 Pferde seines Rennstalls bei den offiziellen Angaben seines Besitzes auf. Sie gewinnen von 2014 bis 2018 in den Vereinigten Arabischen Emiraten und Russland fast eine Million Euro an Preisgeldern. Der Generalsekretär von Transparency Russland Ilja Schumanow wies in diesem Zusammenhang vorsichtig darauf hin, dass man sehr wohl Geld bei Pferderennen verdienen könne, aber das müsse dann auch versteuert werden.

Ramsan Kadyrow wird im Alter von 29 Jahren zunächst Ministerpräsident, dann mit 30 Präsident Tschetscheniens. Er folgt seinem Vater Achmed im Amt. Dieser kam bei einem Attentat ums Leben. Der Sohn fühlt sich als uneingeschränkter Herrscher in seinem Reich und darüber hinaus. Er gibt gern mit seinen Besitztümern an, was für die Steuerprüfer eigentlich von Interesse sein sollte und zugleich Fragen nach ihrer Finanzierung aufwerfen müsste. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow tut die Diskrepanz zwischen Kadyrows Einkommen und dessen Reichtum kurzerhand ab, wie der Bericht der Recherchegruppe »Projekt« belegt: »Recherchen sind das eine, die Deklarationen das andere. Alle Oberhäupter der Regionen füllen Deklarationen aus, die dann kontrolliert werden. Die Daten, die von staatlichen Antikorruptionseinheiten überprüft werden, sind viel zuverlässiger als die der Medien.«

Unabhängige Journalistinnen und Journalisten wie Maria Scholobowa von »Projekt« leben in Russland gefährlich, deshalb arbeiten viele vom Ausland aus. Die vielfach prämierte Autorin ist mit ihrer Nachforschung zu Kadyrow ein hohes Risiko eingegangen. Denn russische Behörden interessieren sich oft nicht für die, die Gesetze verletzen, sondern für diejenigen, die das aufdecken. Was nie so augenfällig war wie bei der Vorgehensweise gegen den Antikorruptionsaktivisten Alexej Nawalny. Für Kadyrow bleiben derartige Veröffentlichungen bislang folgenlos. Er ist unantastbar. Wenn geheime Foltergefängnisse und außergerichtliche Tötungen bei den Strafverfolgungsbehörden schon nicht auf Resonanz stoßen, geschieht das bei seiner illegalen Bereicherung erst recht nicht.

Die tschetschenische Regierung orchestriert Massenverhaftungen, Verschleppungen, Misshandlungen von Personen wegen ihrer sexuellen Ausrichtung. Veronika Lapina vom LGBT-Netzwerk hat versucht, Ermittlungen anzustoßen. »Aber Russland hat entweder nicht die Kapazität oder nicht den Willen, sich damit zu befassen«, konstatiert sie. Seit 2017 wurden 235 Personen von tschetschenischen Sicherheitskräften willkürlich verhaftet, ins Gefängnis gesperrt und gefoltert, so viele haben sich jedenfalls an das in Sankt Petersburg ansässige Netzwerk gewendet. Betroffen sind größtenteils homo- oder bisexuelle Männer, deren Lebensweise nicht zum Geschlechterverständnis von Ramsan Kadyrow passt. Russische Strafverfolgungsbehörden nehmen sich dieser Verbrechen nicht an. Der Grund dafür ist eine Abmachung, zeigt sich die Menschenrechtsanwältin aus Sankt Petersburg überzeugt: Kadyrow sorgt dafür, terroristische und separatistische Umtriebe zu ersticken, und als Gegenleistung erhält er volle Handlungsfreiheit in Tschetschenien. Präsident Putin breitet seine Hände schützend über Ramsan Kadyrow.

Russland konnte Krieg in der Ostukraine führen, in Syrien, Georgien oder Tschetschenien – für die Deutschen war alles weit weg, zu speziell, nicht wichtig genug

für eine kontinuierliche und intensive Beschäftigung. Diejenigen, die auf die Verbrechen hingewiesen haben, Konsequenzen forderten, nervten nur. Russland sei eben anders, zu groß, nicht demokratiefähig, lauteten die Erklärungen der Russland-Versteher, die nicht merkten, wie viel Überheblichkeit in ihren Worten mitschwang. Vor allem aber geht es ums Geschäft.

Der Ukraine keine Waffen zu liefern, hieße nicht, das Sterben schneller zu beenden, wie manche Pazifisten überzeugt sind, sondern es würde bedeuten, dass Putin ein weiteres Terror-Regime errichten kann – und zwar auf ukrainischem Territorium.

Putin, Schröder, Warnig – ziemlich clevere Freunde

Trotz des 1999 beginnenden zweiten Tschetschenienkrieges geht der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder nicht etwa auf Abstand zum Kreml, sondern nähert sich ihm immer mehr an.

Zehn Tage vor der Bundestagswahl 2005, von der abzusehen ist, dass ihr Ausgang knapp werden wird, zurren Schröder und sein inzwischen langjähriger Freund Wladimir Putin einen Deal fest. Sie bringen ein Geschäft unter Dach und Fach für den Fall, dass der Sozialdemokrat die Wahl verliert. In Schröders und Putins Anwesenheit unterschreiben am 8. September Vertreter der russischen Gazprom, der deutschen BASF-Tochter Wintershall und E.ON einen Vertrag, der die Verlegung einer Gasleitung auf dem Meeresboden der Ostsee von Wyborg nach Lubmin zum Ziel hat. Das deutsch-russische Abkommen besiegelt die Schaffung der Betreibergesellschaft Nord Stream. Geschäftsführer wird Matthias Warnig. Die Idee zu einer solchen 1.224 Kilometer langen Pipeline stammt aus dem Jahr 1997 von dem russischen Gasförderer Gazprom und dem finnischen Öl- und Gasunternehmen Neste. Jetzt will Putin sie in die Realität umsetzen.

Am 9. Dezember 2005 erreicht den inzwischen ehemaligen Kanzler auf seinem Handy ein Anruf aus dem Kreml. Putin macht ihm zu später Stunde das Angebot, den Vorsitz des Aktionärsausschusses von Nord Stream zu übernehmen. Schröder findet das ein bisschen früh, keine drei Wochen nach dem Ausscheiden aus der Politik. Da er jedoch nie einen Hehl daraus gemacht hat, dass er in seinem neuen Leben hauptsächlich Geld verdienen will, stimmt Schröder trotzdem zu. Die Kritik lässt nicht lange auf sich warten, denn es ist das eine, sich als Politiker für die Energiesicherheit seines Landes einzusetzen, aber etwas anderes, von einem milliardenschweren Investitionsprojekt, das er gerade noch als Kanzler angeschoben hat, persönlich zu profitieren. Doch so schnell bläst Schröder nichts um. Er war immer stolz auf seine Freundschaft zu dem russischen Präsidenten, dessen engste Verbündete für die neue Pipeline nun zwei Deutsche sind. Das Duo Schröder – Warnig stellt für Putin die Idealbesetzung dar. Der Sozialdemokrat hat eine ansehnliche Karriere als niedersächsischer Ministerpräsident und Bundeskanzler hinter sich und ist für Putins Geschmack genau zum richtigen Zeitpunkt aus der Politik ausgestiegen. Und er bringt die nötige Chuzpe mit. Nur wenige Tage vor seinem Rücktritt hat der scheidende Kanzler noch eine Darlehensbürgschaft der Bundesregierung von über einer Milliarde Euro für Nord Stream eingetütet. Was im Berliner Politikbetrieb, der mitten in Koalitionsgesprächen steckt, vollkommen untergeht. Erst als das Finanzministerium den Wirtschaftsausschuss des Bundestages ein halbes Jahr später schriftlich informiert, platzt die Bombe. Den SPD-Genossen, die

mit den beiden Unionsparteien eine Große Koalition eingegangen sind, ist die Milliardenbürgschaft oberpeinlich. Doch da ist der Altkanzler längst über alle Berge. Frank-Walter Steinmeier muss sich zum ersten Mal als Schröders wichtigster Mann in der neuen Bundesregierung bewähren und möglichst geräuschlos Scherben zusammenfegen. Aber darin hat der Chefdiplomat nach zwölf Jahren an Schröders Seite Übung.

Der Ex-Kanzler braucht neue Erfolgserlebnisse. Der Beratervertrag für den Schweizer Verlag Ringier, den er nur wenige Tage nach seinem Abgang als Regierungschef unterschreibt, ist ein ganz netter Anfang, aber es muss mehr her. Mit seinen 61 Jahren sprüht er noch vor Tatkraft, außerdem hat er beste Kontakte zu den Staats- und Regierungschefs der EU. Die will er am Laufen halten. Wenn er anruft, muss er sich schließlich nicht erst vorstellen. Ideale Voraussetzungen für Nord Stream. Vor allem die Ostsee-Anrainerstaaten werden jetzt gebraucht, denn sie sollen die Genehmigung für die Gasröhren auf ihrem Abschnitt des Meeresgrunds erteilen. Da man für ein von Russland initiiertes Projekt bei Polen, Litauen, Lettland und Estland von vornherein auf Granit beißen wird, hat man die Route für die Pipeline gleich anders festgelegt. Gefragt werden müssen Finnland, Schweden und Dänemark. Es trifft sich gut, dass deren Regierungschefs gerade aus der internationalen sozialdemokratischen Parteienfamilie stammen. Für Schröder eine lösbare Aufgabe.

Matthias Warnig, der Mann, der als künftiger Geschäftsführer von Nord Stream am 8. September unterschrieben hat, ist schon jetzt ein Schwergewicht in der russischen Wirtschaft. In welchem Maße er das Vertrauen des Präsidenten genießt, lässt sich an seinen Aufsichtsratsmandaten ablesen: beim weltgrößten Aluminium-Hersteller Rusal, den Banken Rossiya und VTB. Er sitzt im Vorstand der weltgrößten Firma für Ölleitungen Transneft und beim Ölproduzenten Rosneft. Außerdem ist er Vorstandsvorsitzender von Gazprom Schweiz. In viele der Unternehmen wird Schröder, der Genosse der Bosse, wie er schon zu seiner aktiven Zeit als Politiker genannt wurde, Warnig folgen.

Putin kennt den Ostdeutschen um einiges länger als den Niedersachsen, höchstwahrscheinlich schon seit seiner Zeit in Dresden von 1985 bis Januar 1990. Die dortige Stasi-Bezirksverwaltung lag nur einen Steinwurf von der KGB-Villa entfernt. Warnig hatte sich mit 18 Jahren als hauptamtlicher Mitarbeiter für die Staatssicherheit verpflichtet. 1975 wurde er als Agent in der Auslandsspionageabteilung Hauptverwaltung A ausgebildet und war später unter dem Decknamen »Arthur« Offizier im besonderen Einsatz in Düsseldorf. Eine seiner Hauptaufgaben bestand in der sogenannten Wirtschaftsaufklärung. Am 7. Oktober 1989, dem letzten Tag der Republik in der DDR, zeichnete ihn Stasi-Chef Erich Mielke mit der »Medaille für treue Dienste in der Nationalen Volksarmee« in Gold aus. Ein Objekt seiner Überwachung soll die Dresdner Bank gewesen sein. Sie ist einer seiner späteren Arbeitgeber in Sankt Petersburg gewesen, wo sich Putins und Warnigs Wege wieder kreuzen. Erstaunlich ist, dass Warnig in der Stadt an der Newa mit dem Aufbau der Repräsentanz der Dresdner Bank beauftragt wird. Viele ehemalige DDR-Bürger und -Bürgerinnen mussten sich hinsichtlich einer Tätigkeit im Ministerium für Staatssicherheit überprüfen lassen, wenn sie in den öffentlichen Dienst oder in Spitzenpositionen der Wirtschaft eintreten wollten. Ausgerechnet bei Warnig drückten die Beteiligten, einschließlich der Dresdner